

Der Afghankrieg - Ausdruck einer neokolonialistischen Machtpolitik

Was kann die Psychologie für den Frieden beitragen?

Vortrag am 28.12.2001

Geschätzte Anwesende

Gerne möchte ich Sie einladen, mitzudenken und weiterzudenken, wenn wir uns die schwierige Aufgabe stellen, die bisherigen Kenntnisse über das menschliche Denken, Fühlen und Handeln im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Weltlage darzustellen. Darüberhinaus möchten wir mit Ihnen allen Folgerungen ziehen, die sich daraus für die seelische Gesundheit und die seelische Gesundung, also für die Frage der Psychologie ergeben. Ich möchte Ihnen von Anfang an etwas zu bedenken geben: Ich versuche, die Dinge sehr klar darzulegen, wie Sie sind. Es kann kaum ausbleiben, dass man sich in seinem Fühlen, Denken alltäglichen Handeln in Frage gestellt fühlt. Das lässt sich gerade angesichts der gegenwärtigen Weltlage nicht vermeiden. Ich hoffe darauf, dass viele den Mut haben, auftauchende Fragen oder Widersprüche einzubringen und nicht darüber hinwegzugehen.

Meine Damen und Herren. Eine relativ kleine Gruppe von einflussreichen Menschen in der Welt hat ohne auch nur mit den Bürgern darüber zu diskutieren in den letzten 2 Jahren eine neue Weltordnung installiert, die ziemlich genau dem bekannten Kolonialismus seit ungefähr 1500 und noch mehr dem Imperialismus aus der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts entspricht und von denselben Staaten betrieben wird, wie wir noch herzuweisen haben. Reine Machtpolitik ist offiziell zur herrschenden Doktrin geworden. Politiker mit verschiedenen ideologischen Hintergründen reden offen von den nationalen Interessen, die verfolgt werden müssten, Formulierungen, die vor 3 Jahren als nationalistisch sofort verdammt worden wären.

Man setzt Übereinkünfte ausser Kraft, die das Zusammenleben der Völker schon Jahrzehnte lang oder gar Jahrhunderte sicherer gemacht haben. Übereinkünfte, die aufgrund von philosophischen Überlegungen zustande kamen, die im Naturrecht und in der Aufklärung entwickelt worden sind. Beispielsweise die Respektierung der Staatssouveränität im Zusammenleben der Staaten seit dem Westfälischen Frieden von 1648. Mit der neuen Natodoktrin vom 28. April 1999 wurde sie aufgehoben und im Kosovokrieg von März bis Juni 1999 umgesetzt.

Der Völkerbund ab 1920 liess noch Krieg für Rechtsgüter zu. Mit dem Briand-Kellog Pakt von 1928 verpflichteten sich die Staaten, nur noch Kriege zur Verteidigung zu führen. Die Behauptung, für die Menschenrechte, insbesondere für die Befreiung der Frauen, Kriege mit Tausenden von Toten führen zu können, ist spätestens mit der UNO-Charta von 1945 verboten. Sie widerspricht selbstverständlich der Ethik, die das Recht auf Leben für jeden Menschen, auch für den Serben und den Afghanen, nicht nur für den amerikanischen Soldaten anerkennt. Wenn Gerhard Schröder in der letzten Parlamentsdebatte erklärt, man hätte den Tod Unschuldiger in Afghanistan in Kauf nehmen müssen, um das unzählige Leid Tausender, insbesondere der Frauen zu verhindern, so ist das faktisch falsch. Diese Handlungsweise ist zudem gar nicht erlaubt, weil ein Angriffskrieg völkerrechtlich verboten ist. Wer versucht das Völkerrecht zu umgehen und behauptet, es handle sich gar nicht um einen Krieg, sondern um eine Befreiungsaktion, handelt trotzdem widerrechtlich. Mit

der Uno-Charta ist nämlich jegliche Gewalt zwischen Staaten verboten. Wie fast immer in Kriegen geht es auch im Afghanistankrieg nicht um die Gründe, die die Propaganda je nach den Werten der Bevölkerung in den kriegführenden Staaten (diesmal die Rechte der Frauen und die Menschenrechte allgemein), sondern um Macht und Geld. In Zentralasien will die USA Stützpunkte errichten, um den Einfluss Russlands auf Dauer zurückzustutzen und den Einfluss Chinas abzublocken und im speziellen die Ölfelder Zentralasiens unter Kontrolle zu bringen. Zudem munkelt man über Uran in Afghanistan.

Die USA konnten in Usbekistan, das Zbigniew Brzezinski in seinem Buch „Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ als Schlüsselland zur Beherrschung Zentralasiens bezeichnete, während der Bombardements Afghanistans einen Flugplatz einrichten, zum ersten Mal in einem ehemaligen Gebiet der Sowjetunion. Wie in der NZZ nachzulesen war, verheimlichte der dortige Präsident diese Nachricht zunächst gegenüber der Bevölkerung, um zu testen, wie sie reagieren würde. Da es ruhig blieb, konnte man auch dort die Machtpolitik weiterführen. Warum blieb es dort, warum blieb es in Deutschland, so ruhig? Was hat gefehlt, was fehlt?

Um diesen Krieg zu verstehen, muss man auch wissen, dass die Taliban, ganz unbestritten ursprünglich von den USA finanziert und aufgebaut, sich vor 8 Monaten geweigert haben, einer Pipeline zuzustimmen, die von Zentralasien über Usbekistan, Afghanistan und Pakistan an den Indischen Ozean führen sollte, die ökonomisch billigste Variante zur Ausbeutung der Erdöllager in Zentralasien. Längst vor dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 in New York war das Ende der Taliban geplant, wie die USA nicht einmal bestreiten. Allerdings gehen diese Bekenntnisse unter dem Eindruck des verheerenden Anschlages in den USA unter - vielleicht sollen sogar alle vernünftigen Überlegungen untergehen.

Die aufgebotenen Manipulatoren, die schon im Kosovo-Krieg angetreten sind, wie der Berater des englischen Premiers, Campbell, behämmern uns mit Unwesentlichem. Wer sich davon beeindruckt lässt, dass ein paar Hundert verwestlichte Kabuler wieder in ein Kino dürfen, fällt auf die Spin doctoren herein. Er vergisst, dass die grosse Mehrheit der Menschen und auch der Afghanen dies nie in ihrem ganzen Leben können und sich niemand darum kümmert. Sie gehören zu den 750 Millionen Hungernden und zu den 2 1/2 Milliarden Armen auf unserer Welt. Wer kann sich am Kinobesuch einiger Hundert freuen, wenn gleichzeitig Millionen in Afghanistan von Hunger und Kälte bedroht sind, weil sie kurz vor Einbruch des sehr harten Winters wegen des angedrohten und durchgeführten Krieges aus ihren Häusern flüchten mussten. Darüberhinaus konnten wegen der Bombardements die dringend nötigen Hilfsgüter nicht mehr zu den Menschen kommen, die wegen der Missernten der letzten zwei Jahre und dem bereits 30jährigen Krieg darauf angewiesen gewesen wären. Das wussten die Kriegsherren. Die genauso wie im Kosovo-Krieg verwendeten Cluster Bomben sind so angelegt, dass zwischen 10% und 30% nicht explodieren und dann wie Landminen jeglichen Transport ausserhalb der Hauptwege im Land verhindern. Das Rote Kreuz berichtet, dass es sich nur noch für 60 000 Menschen verantwortlich erklären kann. Dies auch deshalb, weil vorher ganze Hallen voll mit Decken, Prothesen, Nahrungsmittel in Kabul durch US-amerikanische Bomben gezielt zerstört worden sind. Gezielt kann man deshalb sagen, weil sie an helllichten Tagen innerhalb von 2 Tagen 2 Mal bei klarem Himmel und trotz einem grossen Roten Kreuz auf den Dächern bombardiert worden sind und das Rote Kreuz die USA inzwischen noch einmal die Koordinaten dieser Hallen durchgegeben haben. Die USA hat zwar Geld für Benzinbomben, die in einem Umkreis von 600 Metern alles Leben zerstört, aber ersetzt dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) nicht einmal die zerstörten Güter. Wir müssen davon ausgehen, dass dieser Angriff gezielt auf das IKRK ausgeübt worden ist, weil das Rote Kreuz als Hüter der Genfer Konventionen und geschützt durch die Neutralität der Schweiz viele Kriegsverbrechen mitbekommt und verhindert, dass die Hungerwaffe

gegen die Zivilbevölkerung zur Durchsetzung strategischer Ziele eingesetzt wird. Wie in verschiedenen Konferenzen offen dargelegt worden ist wird in den imperialen Kriegen heute die Hilfeleistung für die Bevölkerung als Mittel der Herrschaft eingesetzt. So soll die Hilfe an Afghanistan von den Besetzern nur noch an die willfähige Bevölkerung geleistet werden, um bei dieser kritiklose Dankbarkeit gegenüber den Besetzern hervorzurufen. Vorbild dafür ist der erfolgreiche Einsatz dieser Strategie in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg, das die USA fast widerspruchslos bis heute besetzt halten können.

Ist Ihnen aufgefallen, dass es jetzt - im strengsten Winter - keine Nahrungsmittelpakete mehr aus der Luft gibt, wo sie doch jetzt so nötig wären? Während der Bombardierungen dienten diese Pakete als Beweis für die hilfreichen Amerikaner? Warum fällt das so wenigen auf? In der manipulierten Nachrichtenübermittlung hat man schon während des Krieges unterschlagen, dass man die Nahrungsmittelpakete sowieso nur für diejenigen geschickt hat, die die US-Regierung als potentielle Aufständische ansah - wie die 1 Million schiitischen Hasari. Echte Hilfeleistung für alle Notleidenden war nie ein Anliegen. Jetzt wird still verhungert und erfroren, während die reichen Frauen in der Hauptstadt Kabul Miniröcke bei den Empfängen der wiedereröffneten Botschaften der Kolonialherren tragen dürfen und wir uns alle mitfreuen sollen über diese Befreiung und die Segen der westlichen Welt. Wir vergessen die kleingedruckte Nachricht, dass die USA für einige Monate die Satelliten gemietet haben, die die Nachrichten von Afghanistan zu uns weiterleiten. Wir fragen uns nicht, warum die Nachrichtenhoheit mit Millionen von Dollar in den Griff bekommen wollen, wo sie doch behaupten, der Krieg ginge um Menschenrechte wie die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung.

Wenn es in diesem Krieg darum geht, die Frauen zu befreien, warum erschossen dann US-Truppen mit ihren Präzisionswaffen 60 Personen in einem Konvoi, die auf dem Weg waren, die Installierung des neuen afghanischen Präsidenten zu bewundern? Lag es daran, dass darunter eine Persönlichkeit war, die das Vertrauen vieler Afghanen besass, die aber nicht wie der jetzige Präsident US-hörig ist? Wie steht es da um das Menschenrecht der Selbstbestimmung in einer unverfälschten Wahl?

Zu den Menschenrechten gehört auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Krieg für Menschenrechte ist nicht nur ein Widerspruch in sich, er ist zusätzlich nicht erlaubt. Schon im Kosovokrieg und in der neuen Nato-Doktrin haben die sogenannten demokratischen Staaten diese Übereinkunft gebrochen.

Gemäss UNO-Charta darf nur einen Krieg führen, wer die Erlaubnis dafür vom UNO-Sicherheitsrat hat. Wenn sich diese an das selbst gesetzte Recht halten würde, bekommt ein Staat die Erlaubnis zum (Verteidigungs-) Krieg nur, wenn ein Angriffskrieg auf das eigene Territorium stattgefunden hat und stattfindet und das eigene Territorium verteidigt wird. Die USA halten sich mit diesem Krieg nicht an das geltende Recht, das sie in der Uno selbst eingeführt haben, behaupten aber, mit diesem Krieg ein Rechtssystem einrichten zu wollen und Willkür zu verhindern.

Die Voraussetzungen eines Verteidigungskrieges bestand weder in Kosovo 1999 noch in Afghanistan. Die UNO mit dem UNO-Sicherheitsrat allerdings ist ein Instrument der Grossmächte. Deshalb hat sie weder in Kosovo noch in Afghanistan eine Verurteilung der USA zustandegebracht. Das liegt daran, dass die UNO prinzipiell die Grossmächte, die Kriege anzetteln, nicht verurteilen kann. Denn die fünf Grossmächte können als einzige im Sicherheitsrat ein Veto gegen eine Verurteilung einlegen. Die Generalversammlung darf sich mit einem Krieg nur befassen, wenn es der Sicherheitsrat erlaubt. Statt gegen den Verstoß der UNO-Charta zu protestieren, stellt sich die

UNO als Handlanger der Grossmächte dar und übernimmt die Verwaltung der Besatzung, nach der Unrechtstat, dem Krieg. So werden gemäss Brahimi-Report Truppen von schlagkräftigen Ländern aufgeboden, die die Welt beherrschen, wie die USA, England; Frankreich, Deutschland, Italien. Und jeder streitet sich darum, zu den Mächtigsten zu gehören, auch einen Anteil am Kuchen zu erhalten, wie wir es im Zeitalter des Imperialismus studieren können.

Die modernen Herrscher haben mit der Weltbevölkerung noch weitere Schandtaten vor. Die Nato hat sich seit kurzem vorbehalten, Atombomben zum Erstschlag anzuwenden. Als der deutsche Aussenminister Josef Fischer aus Gründen des Machterhaltes und des Zusammenhaltes der Grünen Partei dagegen Stellung nahm, tauchten just in dem Moment Darstellungen über seine planmässige Organisierung extremer Gewalttätigkeit gegen Menschen und Sachen mit seiner „Putzgruppe“ in den 70er Jahren auf, die ihn zum Rücktritt gezwungen hätten. Schnell widerrief er seine Vorbehalte gegen den Erstschlag mit Atombomben und siehe da - seine bandenmässige Gewalttaten in der Vergangenheit verschwanden sehr schnell aus den Medien.

Russland erklärte nach diesem Wandel der Nato-Doktrin vom angedrohten Verteidigungs- zum Angriffskrieg mit Atomwaffen ebenfalls, dass es gegebenenfalls Atomwaffen als Erstschlag einsetzen würden.

Mit dieser Aufhebung völkerrechtlich verbindlicher Übereinkünfte haben wir, haben unsere demokratisch gewählten Regierungen, das Tor dafür geöffnet, dass sich kein Staat mehr an das Völkerrecht halten muss. Ja, das bedeutet sogar, dass jeder Staat, der sich nicht unterordnen will, mit gleichem drohen muss. Die Verrohung der Sitten geht von uns aus. Wir werden erleben, dass einige Staaten klein beigegeben werden, um nicht ebenfalls zerbombt zu werden. Oder aber deren Rüstung mit Atomwaffen gegen unsere Drohung dient wiederum unseren Regierungen als Kriegsgrund, wie er bereits gegen Libyen, Syrien, Iran, Irak, Nordkorea, Pakistan und Indonesien angedroht wird. Wir haben damit die Gefahr für den Einsatz von Atombomben willkürlich erhöht. Da alle vor einem Atomanschlag Angst haben, sollen wir den Präventivkriegen - den „robusten Einsätzen“ - in Zukunft ohne Protest zustimmen, denn es soll uns klargemacht werden, dass bedrohliche, „böse“ Staaten überfallen werden müssen. Dass wir mit unserer Drohung und unseren vielen Atombomben andere bedrohen und diese, weil sie schwächer sind, zum unüberlegten Abwurf ihrer wenigen Atombomben reizen könnten, lassen wir zu. Die Welt wird zum Tummelfeld für Kriegsgewinnler und Machtbesessene, die nicht mehr durch das Recht gebremst werden. Wollen wir das wirklich zulassen? Wollen wir wirklich als Zuschauer in den Medien mitverfolgen, was sich da abspielt? Oder betrachten wir unserer Welt doch als unsere Welt?

Aufgehoben wird auch der Respekt vor der Volkssouveränität im Gegensatz zur Fürstensouveränität. Zum Beispiel wurden die Parlamentarier in Deutschland von den Parteichefs, die gleichzeitig die Regierung bilden, dazu gezwungen, dem Krieg - gegen die Verfassung Deutschlands - zuzustimmen. Gedroht wurde den Parlamentariern, sonst alle Privilegien eines Parlamentariers zu verlieren und nicht mehr auf der Parteiliste zur Wahl gestellt zu werden. Das wirkte in dieser Scheindemokratie, ohne dass es viele Proteste dagegen gegeben hätte - nur eine Parlamentarierin der Sp aus Donaueschingen verweigerte sich. Die Meinung der Bevölkerung zum Krieg interessierte sowieso nicht. Viel wichtiger war, dass Deutschland wieder so mächtig sei, dass sie bald sogar das Oberkommando über den besetzten Staat übertragen bekommen sollen. Der Vasall ist stolz darauf, dass er sich am Unrecht des Imperators beteiligen darf.

Nicht einmal das Recht auf Leben gilt mehr, zum Beispiel gegenüber der afghanischen Bevölkerung. Warum fällt das so wenig auf? Liegt es auch daran, dass über das Recht auf Leben

andere Prinzipien auch bei uns gestellt wurden? Die Verwirklichung der eigenen - auch speziellen Sexualität - ist wichtiger als der Schutz anderer vor dem Tod durch eine Aids-Ansteckung. Der von der Sucht erzeugte Wunsch nach Rauschgiften ist wichtiger als der Schutz vor dem langsamen oder schnellen Sterben durch Behandlung. Der aus Verzweiflung entstandene Wunsch nach dem Tod ist wichtiger als der Schutz des Lebens und die Behandlung durch die Gesunden. Die ganze Gesellschaft wird darauf eingestellt, dass man nicht mehr demjenigen selbstverständlich hilft, der sich verstrickt und am Leben leidet. Stattdessen wird ein „gesellschaftlicher Lernprozess“ eingeleitet, sein Gefühl gegenüber dem Mitmenschen zu verlieren und nur noch zuzuschauen, kein Bürger mehr zu sein. Ein Recht auf Leben darf es nicht geben, wenn nur noch die Rendite zählen soll und die Grosskonzerne mit dem Ziel der Gewinnmaximierung die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen sollen.

In dem Zusammenhang gehört es auch, dass der Schutz der Zivilbevölkerung im Krieg aufgehoben wird mit dem Abwurf von Cluster-Bomben, von riesigen Benzinbomben und der Verwendung von abgereichertem Uran. Auch der Schutz der Kriegsgefangenen gilt nicht mehr, wie wir in Afghanistan erkennen mussten. Kriegsgefangene werden von den USA an andere Staaten zur Folter ausgeliefert oder in Speziallagern auf kleinen Inseln „verhört“. Auch Frauen und Kinder sind nicht mehr vor Gewalt geschützt. Für sehr viele von ungewohnter Seite wies Papst Johannes Paul der II. sehr eindeutig darauf hin, dass Kinder geschützt werden müssen, sowohl in Afghanistan, in Israel, in Palästina genauso wie in Amerika. Er ist auch einer der wenigen, der ganz prinzipiell gegen den Krieg spricht, auch schon im Kosovo-Krieg 1999, den auch in Deutschland die meisten aufgrund der Kriegslüge von Josef Fischer als Krieg im Kampf gegen den neuen Faschismus befürwortet hatten. Der Vatikan liess sich offenbar bisher nicht einbinden in die neue Machtkonstellation, in der Krieg zum Mittel der Politik erklärt wird. Es ist erstaunlich, wie wenig diese Stellungnahmen bekannt werden.

Wir müssen hinzufügen. Die Trauer über die 3500 Toten in New York kann gross sein, auch die Wut über die Terroristen, aber das rechtfertigt nicht, unschuldigen Menschen dieselben Schmerzen zuzufügen. Zumal noch nicht einmal bekannt ist, ob dieser Anschlag als Kriegsgrund geschaffen oder erlaubt wurde, genauso wie die Versenkung der - ungeschützten - Lusitania als Begründung für den Eintritt der USA in den ersten Weltkrieg und die vorausgesehene Bombardierung von Pearl Harbor als Begründung für den Eintritt der USA in den 2. Weltkrieg.

Worum handelt es sich bei der hier schnörkellos beschriebenen Politik? Dazu zitiere ich aus dem Brockhaus Band 12, S. 185 zum Thema Kolonialismus: Kolonialismus ist eine auf Erwerb, Ausbeutung und Erhaltung von Kolonien gerichtete Politik und die ihr zugrundeliegende Ideologie (zwischen dem Ende des 15. und der Mitte des 20. Jahrhunderts). Dazu gehört die militärische Sicherung, die verkehrsmässige Erschliessung, die wirtschaftliche Beherrschung und die rechtliche Anbindung an die Kolonialmacht. Seit dem 18. Jahrhundert, v.a. aber im Zeichen des Imperialismus standen der billige Erwerb von Rohstoffen für die sich entwickelnde Industrie, günstige Absatzmärkte für deren Erzeugnisse, vorteilhafte Kapitalinvestitionen sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen und Lebensstandard der eigenen Bevölkerung im Vordergrund. Neben den wirtschaftlichen Interessen bestimmte die Ausdehnung des eigenen Machtbereichs in der Auseinandersetzung der europäischen Nationalstaaten untereinander im Vordergrund. Eng verschmolzen damit war in den spanischen Kolonien die Bekehrung zum Christentum. Später, im Rahmen der Säkularisierung stand immer mehr die „Modernisierung“ der „primitiven“ Völker im Vordergrund.“

Wenn man heute die Propaganda hört, wie über die „Steinzeit“ in Afghanistan gesprochen wird, wie die armen Menschen dort in einer veralteten Stammeskultur von Regionalfürsten beherrscht werden

würden und diese in die Moderne geführt werden müssten - selbstverständlich mit Krieg - stehen wir vor derselben Arroganz wie die Kolonialherren aus anderen Jahrhunderten.

Unter dem Stichwort „Imperialismus“ finden wir im Brockhaus Band 10 S. 408: „Der Imperialismus bezeichnet ein Herrschaftsstreben, das die Ausbildung von direkten bis indirekten Formen der Abhängigkeit zwischen Staaten zur Folge hat. Dazu gehört die Ausnutzung fremder Ressourcen ohne gleichwertige Gegenleistung zur Stärkung und Steigerung der eigenen politischen und wirtschaftlichen Macht“ Im Jahre 1884, auf der Berliner Afrikakonferenz, auf der Afrika unter den Kolonialherren aufgeteilt wurde, wurde zum erstmals Kolonialbesitz völkerrechtlich legitimiert. Beim formellen Imperialismus handelt es sich um folgendes: „Die von einer starken Aufrüstung begleitete imperialistische Politik führte zu Krisen und kriegerischen Entwicklungen und war begleitet von der Ausrottung nahezu ganzer Völker“

Wenn wir die Vorgänge genau betrachten, dann stehen wir in einer sehr ähnlichen Situation. Damit verbunden ist eine Durchdringung des gesellschaftlichen Körpers mit dem Gift der Macht.

Was geht mich das als Psychologen an? Ich betrachte den Menschen als Einheit. So wie er an die Fragen der grossen menschlichen Gemeinschaft herantritt, tritt er auch allgemein an die Fragen des Zusammenlebens heran. Daraus leite ich etwas zugespitzt ab: Die Art, wie sich jemand in Menschen in fernen Ländern hineinzudenken versucht, sich gefühlsmässig davon ansprechen lässt, was Menschen dort zustösst bringt dieselbe Haltung zum Ausdruck, wie sich jemand emotional mit seinem Partner, seinen Kindern, Verwandten, Freunden und Nachbarn befassen kann.

Wer seelische Gesundheit fördern will, muss zum einen den Einzelnen mit der Welt verbinden. Wer seelische Gesundheit fördern will, muss das Ganze im Auge haben. Wer zum Beispiel dem Schüler durch eine gute Schulführung und durch die Einführung in die Gemeinschaft die Ängste nehmen will, die durch die Durchdringung des Machtprinzips in vielen Bereichen entstehen, greift zu kurz, kann sogar oft sehr wenig bewirken, weil ihm die Zusammenhänge mit der gesellschaftlichen Entwicklung fehlen.

Der Individualpsychologe, Alfred Adler schreibt dazu in dem Buch „Über den nervösen Charakter“ (S. 28): „Unsere Individualpsychologie lehrt das menschliche Seelenleben als versuchte Stellungnahme zu den Forderungen des sozialen Lebens begreifen.“ Das heisst nichts anderes, als dass wir unsere seelische Antwort - gerade als gereifte Menschen - zur Frage des Krieges als Ausdruck davon verstehen, wie wir zum sozialen Leben stehen. Genauso können wir an unserer Reaktion gegenüber einem weinenden, fordernden, quengelnden, wütenden Kind unsere seelische Haltung zum Mitmenschen erkennen und machen sie erkennbar. Es ist nicht möglich, dass jemand sagt, er könne sich in ein Kind im Kindergarten einfühlen und könne gleichzeitig kein Gefühl für die Menschen in Afghanistan, Palästina, Kongo oder Irak haben, die leiden, Krieg haben, hungern und dadurch sterben. Möglicherweise kann ein Schwächegefühl dazu führen, dass man meint, in der Welt nicht eingreifen zu können. Jeder individualpsychologisch gebildete Fachmann weiss, dass wir an unserem tatsächlichen Handeln ablesen können, wie unsere Stellungnahme zum Krieg, zur Gewalt, zum Menschen überhaupt ist.

Es geht darum, die Realität von der Realität her zu erfassen. Wir sollten versuchen, jede Frage danach zu beantworten, wie wir ein auftauchendes Problem für die Menschen, für das Bonum Commune, aus dem Gemeinschaftsgefühl heraus, lösen können. Wir können dabei nicht darauf

achten, ob diese Stellungnahme politisch Einflussreichen genehm ist, ob sie mit Parteien aus dem linken, rechten oder Mittespektrum übereinstimmen, ob sie dem Mainstream der Medien entspricht oder Professoren an den Universitäten passt. Wenn in der Drogenfrage ein Teil der Partei des grossen Geldes die Drogenlegalisierung durchsetzen wollte, um Geld im Sozialbereich zu sparen und einer ihrer Exponenten davon sprach, dass dabei eine ganze Generation stirbt, so ist das eine Stellungnahme zur Gemeinschaft, die sich nicht nur auf die Drogen bezieht. Natürlich steht man deshalb in dieser Frage gegen einflussreiche Kräfte, aber als Psychologe muss der Kompass das Gemeinwohl, der einzelne Mensch bleiben. Wenn man gleichzeitig dem Plan des autoritären Teils der neuen Linken entgegensteht, die Weltrevolution durch die systematische Zerstörung des Gemeinschaftsgefühls und dessen Produkte zu erreichen, so kann, soll und muss man das als Psychologe feststellen, muss es genau analysieren, aber man kann sich davon nicht beirren lassen, selbst wenn man dafür diffamiert wird. Das einzige, was zählen darf, ist ein Argument, dass der einzelne Mensch und das Zusammenleben aufgrund einer anderen Anschauung zu einem Problem besser gefördert werden kann.

Auch in unserem Fachbereich hat eine ganze Schule, die Frankfurter Schule, eine falsche Richtung gewiesen, die verheerende Folgen für alle psychologische Schulen hatte und hat. Ihre freudomarxistische Betrachtungsweise des Menschen, des Lebens und der Welt hat uns in praktisch allen Bereichen des Lebens „Reformen“ beschert, die sehr häufig von einem schlechten Menschenbild getragen waren, mit dem Ziel, das Bestehende auch auf Kosten der derzeit Lebenden aufzulösen. Erst spätere Generationen sollen nach einer Revolution alles neu aufbauen. So z.B. in den Schulen, dem Gesundheitswesen, der Ethik, des Justizwesens, der Sozialarbeit. Der Mainstream des Denkens ist durchzogen von freudomarxistischem Gedankengut, das als solches begrifflich nicht mehr marxistisch zur Schau getragen wird, aber als Denkweise Hegemonie erreicht hat. So haben wir auch in der Psychologie und Psychiatrie nur wenige, die frei von solchen Ideologien den Menschen betrachtet. Man kann sich auf viele einzelne berufen, die trotz falscher Theorien Freude am Menschen haben und gerne zum besseren Zusammenleben beitragen. Gerade in der Frage des Krieges bremsen verschiedenen Theorien eine klare Stellungnahme. Doch die Psychologie hat einen wertvollen Beitrag zum Frieden zu leisten.

Wo bleiben wir Psychologen in der Frage des Krieges? Wo erheben wir unsere Stimme? Das ist eine kritische Frage an unseren Berufsstand, von dem sehr viele Menschen sehr viel erwarten. Auf viele Kollegen können wir nicht warten - die Berufsverbände sind vor allem damit beschäftigt, wie sie mehr Einfluss in der Elite haben und wie sie genug Geld verdienen können. Wir können darauf nicht warten, so wie niemand - in keinem Beruf - auf irgendeinen Berufsverband oder eine Partei warten kann. Zuständig ist jeder für solche wichtigen Fragen, vor allem in unseren Ländern, in denen wir trotz aller Schwierigkeiten sehr viel Zeit haben, in der wir nicht mit unserer Existenz beschäftigt sind; ganz im Gegensatz zu der grossen Mehrzahl der Menschen auf dieser Welt. Es geht also darum, dass wir gegen die Plage des Krieges unsere Stimme erheben. Nicht wegen einer Möglichkeit, damit eine Partei zu stärken oder aufzubauen, wie wir es so oft in der Friedensbewegung erlebt haben. Sondern aus der Verbundenheit mit den Menschen, mit der Welt überhaupt. Dazu gehört zum einen, die Abscheu gegen jeden Krieg, gegen jede Gewalt zu stärken und zum anderen alle Möglichkeiten zu stärken, mit denen wir Menschen unser Leben selbst gestalten, selbstbestimmt leben können in einer Art, die das Wohl der anderen genauso im Auge hat

Wir sollten deshalb die direkte Demokratie unterstützen, weil sie am ehesten dem Menschen entspricht. Die Natur des Menschen ist, dass er gleich geboren ist, mit Würde und Vernunft begabt, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auf der Grundlage des Naturrechts und der Aufklärung steht. Dahinter steht die Überzeugung, dass die Menschen ihre Angelegenheiten auf gleicher Basis am besten selbst lösen können. Eingeübt kann das werden, wenn in der Familie jeder

ernst genommen wird in seinem Anliegen, obwohl das Kind in vielerlei Hinsicht Dinge nicht beurteilen kann. In einer lebendigen Gemeinde erlebt das Kind und der Erwachsene, dass in verschiedenen Vereinigungen Probleme gelöst werden. Die Genossenschaft zeigt, dass auch in Wirtschaftsangelegenheiten Dinge so gelöst werden, dass unabhängig vom finanziellen Beitrag jeder in gleicher Weise dazu beitragen kann, das allgemeine Wohl zu befördern. Aus psychologischer Sicht kann ich nur befürworten, dass in den Gemeinden möglichst viel bestimmt wird, weil dort jeder beteiligt ist und erlebt, dass er gefragt und gefordert ist, sich selbst Gedanken zu machen, mitzuentcheiden und Verantwortung mitzutragen. Genauso ist es für die Entwicklung des einzelnen Menschen und für das allgemeine Wohl am besten, wenn jeder in den vielen anstehenden Sachgeschäften beteiligt ist. Das kann nicht in grossen Machtgebilden geschehen. Einmal weil es schon aus sprachlichen Gründen keine Verständigung untereinander geben kann, aber auch weil man sich dort zu wenig kennt und weiss, wer nur schöne Worte macht und wer wirklich etwas für die Allgemeinheit tut. In der Frage von Krieg und Friede müssen die Bürger selbst entscheiden können.

Was können wir tun, wenn wir in der jetzigen Situation das Gemeinschaftsgefühl stärken, das Gemeinwohl befördern wollen?

In vielen Bereichen können wir uns leider nicht mehr auf alle Institutionen verlassen, weil sie, wie Foucault das in seinen Gesprächen mit den Studenten in den 70er Jahren beschrieben hat, von der ständigen Attacke am Zerbrechen sind. Geschichte wird jedoch von Menschen gemacht, von Einzelmenschen, die etwas aufbauen können. Die Natur des Menschen, seine Vernunft und die Anziehungskraft der Gleichwertigkeit in den Beziehungen stehen uns zur Verfügung. Zudem gibt es in vielen Bevölkerungskreisen ethische Werte, die stabil sind, Bildung, die dem Gemeinwohl dienlich ist und die Fähigkeit zum gleichwertigen Gespräch. Daran können wir anknüpfen, müssen wir allerdings auch anknüpfen, weil es Menschen braucht, die diese gesunden Anteile aufnehmen und verstärken. Unsere Stellungnahme zum Mitmenschen, zur Gemeinschaft ist gefordert.

In jedem Engagement für den gleichwertigen, aktiven Bürger ist der einzelne Mensch und kann weit über seine Alltagsprobleme hinauswachsen. Das liegt daran, dass jeder dabei die eigene Bedeutung erlebt, weil man sich mit anderen Menschen verbindet und dadurch eventuell vorhandene Schwächegefühle kleiner werden. Im freien Austausch der Gedanken mit anderen lebt man Gleichheit, wobei unter anderem Gefühle von Unten und Oben schwächer werden.

Oft verschwinden dabei Gefühle der Resignation, und zwar umso mehr, wie man anstehende Probleme versteht und man zur Klärung derselben beiträgt. Man kann auch ein schlechtes Bild von den Menschen korrigieren. Wenn man erfährt, dass Kriege um Rohstoffe, Geld und Macht geführt werden und die Menschen schon immer mit Propaganda in den Krieg gehetzt wurden. Dann merkt man, dass die Menschen nicht so bedrohlich sind, dass man sich vor anderen in acht nehmen muss.

Unsere fachliche Ausbildung als Psychologen besteht darin, dass wir in der Auseinandersetzung mit der Realität den Menschen und die menschlichen Kulturen immer besser verstehen und deshalb dem Einzelnen besser helfen können. Das reicht aber nicht. Das Instrumentarium, das wir zur Verfügung haben, greift weiter, weil wir auch die sozialen Entwicklungen erfassen können und Hilfe leisten können.

Diese Gedanken sollen dafür ein Anstoss sein, der weitergeführt werden muss.